

An die Vorsitzende des  
Innen- und Rechtsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtags  
Frau Barbara Ostmeier  
Düsternbrooker Weg 70  
D-24105 Kiel

per E-Mail: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

### Stellungnahme zu den Anträgen

**„Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen –  
Den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen“  
(Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/3187)  
und  
„Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten“  
(Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und FDP – Drucksache 19/3219)**

im Rahmen der schriftlichen Anhörung des  
Innen- und Rechtsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtags

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/6670

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder (m/w/d),

wir bedanken uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme zu den o.g. Anträgen.

#### *Lehren aus der Corona-Pandemie*

1. In der Zwischenbilanz zeigen die Bürger (m/w/d) in Schleswig-Holstein eine große Zufriedenheit mit der (bisherigen) Corona-Krisenbewältigung durch die Landesregierung: Zwei Drittel (64 Prozent) der von Infratest dimap im Mai 2021 zum Ende der dritten Welle befragten Personen gaben gute Noten. Damit setzt sich Schleswig-Holstein erkennbar von anderen Bundesländern ab. Noch höher fällt die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit des Ministerpräsidenten Daniel Günther als zentralem Krisenkommunikator in der Corona-Pandemie aus. Er erreicht mit 72 Prozent Zustimmung einen neuen persönlichen Rekordwert.<sup>1</sup>
2. Diese positive Gesamteinschätzung teilt das Kieler Institut für Krisenforschung, ein Spin-Off der Universität Kiel, in sehr weiten Teilen. Bewährt haben sich insbesondere – auch im bundesweiten Vergleich – eine zeitnahe Krisenkommunikation und ein Krisenmanagement mit Augenmaß und Mut. Zwei Beispiele:
  - Genau wie Hamburg hat auch Schleswig-Holstein an der Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06. Mai 2020 teilgenommen. Während die Schleswig-Holsteinische Landesregierung die Bürger unmittelbar am Folgetag (07. Mai 2020) über die Ergebnisse informiert hat, geschah dies durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg erst fünf Tage später am 12. Mai 2020 – also am Tag unmittelbar vor dem Inkrafttreten der neuen Regelungen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH (Hrsg.), Schleswig-HolsteinTREND Mai 2021: Repräsentative Studie im Auftrag des NDR, Berlin, 2021 (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2021/mai>).

<sup>2</sup> Vgl. „Corona-Regeln: Hamburg lockert erst nächste Woche“, Meldung bei NDR 90,3 und auf NDR.de am 07. Mai 2020 um 14:38 Uhr und „Jetzt live: Pressekonferenz zu Corona-Lockerungen in Hamburg“, Meldung bei NDR 90,3 und auf NDR.de am 12. Mai 2020 um 12:30 Uhr.

- Genau wie Mecklenburg-Vorpommern stand auch Schleswig-Holstein vor der Entscheidung, ob im Sommer 2020 Tagesgäste an der Ostsee zugelassen werden sollten. Im Gegensatz zum östlichen Nachbarbundesland hat die schleswig-holsteinische Landesregierung diese Frage bejaht. Die Entscheidung war mutig, erfolgte aber mit Augenmaß nach Beratung mit den Experten. Im Ergebnis zeigten sich keine höheren Infektionszahlen in Schleswig-Holstein, wohl aber deutliche Verluste im Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber nur leichten Rückgängen in Schleswig-Holstein.<sup>3</sup>
3. Mittel- und langfristigen Verbesserungsbedarf als Lehren aus der Corona-Pandemie in Schleswig-Holstein sehen wir in den nachfolgend exemplarisch genannten drei Bereichen:
- **Krisensensibilisierung der Bevölkerung:** Am 13. März 2021 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein die pandemiebedingte Schließung von Schulen und Kitas bekanntgegeben und zuvor bereits an die Arbeitgeber appelliert, Homeoffice-Möglichkeiten für die Beschäftigten zu schaffen. Dennoch haben viele Eltern ihre Kinder weiter in Gruppen auf die Spielplätze geschickt und sind selbst abends nach dem Homeoffice oft noch in Fitnessstudios gegangen. In der Folge musste auch deren behördliche Sperrung bzw. Schließung verkündet werden. In der Gesamtschau zeigt sich damit in Teilen der Bevölkerung mangelndes Krisenbewusstsein. Orientiert am Vorgehen in anderen Bundesländern sollte die Landesregierung Schleswig-Holstein daher Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung zum richtigen Verhalten in Krisen- und Katastrophenfällen prüfen. Der erstmals 2018 durchgeführte Katastrophenschutztag des Landes Schleswig-Holstein ist ein Weg in die richtige Richtung.<sup>4</sup> Er hat allerdings eher den Charakter einer „Technikschau“ und erreicht damit nicht die Breite der Bevölkerung.<sup>5</sup> Nach dem Vorbild des Landes Baden-Württemberg könnte das Thema „Katastrophenschutz“ zum einen verstärkt in den Schulunterricht eingebunden werden.<sup>6</sup> Hierdurch würden auch junge Menschen erreicht und frühzeitig für eine ehrenamtliche Tätigkeit in den Hilfsorganisationen motiviert. Außerdem kann auf diese Weise das Wissen über zweckmäßige Präventionsmaßnahmen auch in die Familien getragen werden. Zum anderen profitiert Schleswig-Holstein seit Jahren von einem verstärkten Zuzug älterer Menschen, die ihren Lebensabend an der Küste verbringen möchten.<sup>7</sup> Diese sind oft nicht mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut und erwarten beispielsweise in küstenfernen Orten wie Kellinghusen keine regelmäßigen Hochwasserereignisse.<sup>8</sup> Außerdem bedarf diese Personengruppe im Katastrophenfall nicht selten einer besonderen Unterstützung – beispielsweise als Heimbeatmungs- und Hemodialysepatienten. Auch diese Altersgruppe sollte die Landesregierung daher verstärkt in die Krisensensibilisierung einbeziehen.
  - **Alarmkette des Landes in die Kommunen:** Während der Corona-Pandemie war und ist das Kieler Institut für Krisenforschung u.a. umfangreich in die touristische Krisenbewältigung in Schleswig-Holstein eingebunden. Der hauptamtliche Bürgermeister eines touristisch geprägten Ortes an der Schleswig-Holsteinischen Ostseeküste berichtete in diesem Zusammenhang, dass er von Entscheidungen der Landesregierung (z.B. Verbot touristischer Aufenthalte) zu Beginn der Pandemie zuerst durch die Medienberichterstattung erfahren hat – also nicht über den offiziellen Meldeweg des Landes. Zwar handelt es sich bei einer Pandemie um eine schleichende Krise, bei der ein zeitlicher Verzug der Maßnahmenumsetzung von einigen Stunden in der Regel unproblematisch ist. Dennoch sollte dieser Befund zum Anlass genommen werden, um mit Blick auf Ad-hoc-Krisen (z.B. kerntechnische Ereignisse in Skandinavien) die Alarmkette der Landesregierung in Richtung der Kommunen kritisch zu überprüfen (Push-Information). Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wäre auch eine zentrale

<sup>3</sup> Vgl. „Tourismus: Nur halb so viele Gäste wie im Vorjahr“, Meldung auf NDR 1 Radio MV und auf NDR.de am 24. August 2020 um 17:11 Uhr und „Minister Buchholz und Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. ziehen erste positive Zwischenbilanz“, Pressemitteilung des Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. vom 10. September 2020.

<sup>4</sup> Vgl. Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung (Hrsg.), Erster Katastrophenschutztag des Landes Schleswig-Holstein am Sonnabend, den 08. September 2018, in Rendsburg - Mehrere Organisationen stellen ihre Arbeit vor, Pressemitteilung vom 04. September 2018 ([https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Presse/PI/2018/180904\\_tagdeskatastrophenschutzes.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Presse/PI/2018/180904_tagdeskatastrophenschutzes.html)).

<sup>5</sup> Vgl. Horst Becker, Katastrophenschutztag: Land fährt Spezialtechnik auf, in: SHZ.de, Artikel vom 09. September 2018, 16:28 Uhr (<https://www.shz.de/lokales/landeszeitung/katastrophenschutztag-land-faehrt-spezialtechnik-auf-id20974657.html>).

<sup>6</sup> Vgl. Land will Kinder für Katastrophenschutz sensibilisieren, dpa-Meldung vom 14. September 2021 um 13:43 Uhr (<https://www.zeit.de/news/2021-09/14/land-will-kinder-fuer-katastrophenschutz-sensibilisieren>).

<sup>7</sup> Vgl. Michael Kierstein, Traum von Haus an der Küste: Immer mehr Rentner verlegen ihren Wohnsitz nach SH, in: SHZ.de, Artikel vom 05. Juli 2021, 16:36 Uhr (<https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/Haus-am-Meer-Immer-mehr-Rentner-verlegen-ihren-Wohnsitz-nach-SH-id32823662.html>).

<sup>8</sup> Vgl. Daniel Friederichs, Stör tritt über die Ufer: Straßen und Hafen in Kellinghusen überschwemmt, in: SHZ.de, Artikel vom 26. Februar 2020 um 13:13 Uhr (<https://www.shz.de/lokales/norddeutsche-rundschau/hochwasser-in-bildern-strassen-und-hafen-in-kellinghusen-ueberschwemmt-id27504737.html>).

Internetseite für Krisenfälle denkbar („Dark-Site“).<sup>9</sup> Diese stellt Kriseninformationen der Landesregierung während einer Katastrophenlage in Echtzeit an einer zentralen Stelle zum Selbstabruf bereit (Pull-Information).

- **Niedrigschwellige Bürgerkommunikation nach dem Push-Prinzip:** Die Vergabe von Impfterminen während der Corona-Pandemie wurde von der Landesregierung in Schleswig-Holstein u.a. über die Internetseite [www.impfen-sh.de](http://www.impfen-sh.de) organisiert. Hierbei hat es sich einerseits als zielführend erwiesen, den Dienstleister Eventim mit der Terminvergabe zu beauftragen, da dessen Systeme das sehr hohe Anfrageaufkommen in den sehr kurzen Zeitfenstern technisch gut bewältigen konnten. Andererseits folgte die Terminvergabe damit nach dem Pull-Prinzip: Die Bürger mussten sich in den angekünigten zeitlichen Vergabefenster stetig neu auf die Internetseite begeben – und erlebten viele Enttäuschungen.<sup>10</sup> Der Landesregierung wird daher empfohlen, die Bürgerkommunikation zukünftig bei länger andauernden Katastrophen niedrigschwellig nach dem Push-Prinzip zu organisieren. Nach dem Vorbild des Freistaats Bayern würden die Bürger dann – nach einer einmaligen Registrierung mit E-Mail-Adresse und/oder Mobiltelefonnummer – automatisch vom Land kontaktiert werden.<sup>11</sup>

#### *Lehren aus der Flutkatastrophe*

4. Das Kieler Institut für Krisenforschung hat sich zum einen umfassend mit der Bewältigung der Flutkatastrophe im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beschäftigt und sich hierzu bereits mehrfach öffentlich geäußert.<sup>12</sup> Zum anderen sind Katastrophenschutz und Krisenkommunikation bei Hochwasserereignissen bereits seit Jahrzehnten Forschungsgegenstand am Institut.<sup>13</sup> Mit Blick auf den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein empfehlen wir, die nachfolgend exemplarisch genannten drei Aspekte als Lehren aus der Flutkatastrophe besonders im Blick zu behalten:

- **Krisenmanagementkompetenzen der Landräte und Oberbürgermeister (m/w/d) stärken:** Am Katastrophentag (14. Juli 2021) hat der Hochwassermeldedienst im Landesamt für Umwelt Rheinland-Pfalz um 17:17 Uhr die höchste Warnstufe „Lila“ ausgelöst. Gleichzeitig warnte die Behörde bereits vor einer Flutwelle von bis zu fünf Metern – also „Lila mal zwei“. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Landrat des Kreises Ahrweiler Katastrophenalarm auslösen können, machte dies aber erst fast sechs Stunden später um 23:09 Uhr – und damit auch deutlich später als andere, weniger betroffene Landkreise in der Region.<sup>14</sup> Die elf Landräte und vier Oberbürgermeister in Schleswig-Holstein nehmen im Katastrophenmanagement gegenüber der Bevölkerung die gleiche Schlüsselrolle ein. Einerseits müssen sich die Bürger im Krisen- und Katastrophenfall – ohne jede administrative Alternative – auf deren Fähigkeit und Bereitschaft zum Treffen sehr zeitnaher und sehr weitreichender Entscheidungen verlassen. Andererseits liegen den Landräten und Oberbürgermeistern zum Entscheidungszeitpunkt oft nur unzureichende und nicht selten widersprüchliche Informationen vor, die unter großem

<sup>9</sup> Vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.), Infoplattform für Krisen: Was ist akut-hessen?, Meldung auf [www.akut.hessen.de](http://www.akut.hessen.de) vom 10. November 2021 (<https://www.akut-hessen.de/was-ist-akut-hessen.html>).

<sup>10</sup> Vgl. Constantin Gill, Impftermine: So gefragt wie ein Popstar, in: NDR.de, Artikel vom 27. Januar 2021 um 05:00 Uhr (<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Corona-In-SH-vergibt-Eventim-Impftermine,impfen286.html>).

<sup>11</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (Hrsg.), So kommen Sie zu Ihrer Corona-Schutzimpfung, München und Nürnberg, 2021 ([https://stmgp.bayern.de/wp-content/uploads/2021/02/stmgp\\_impfen\\_a5\\_begleitbroschuere\\_ue80\\_barrierefrei.pdf](https://stmgp.bayern.de/wp-content/uploads/2021/02/stmgp_impfen_a5_begleitbroschuere_ue80_barrierefrei.pdf)).

<sup>12</sup> Vgl. exemplarisch Dirk Eberz, „Viele Opfer hätten verhindert werden können - Krisenforscher Frank Roselieb: Die Verantwortung lag eindeutig beim Landrat – Kreis hätte auch für eine Flut dieser Dimension gewappnet sein müssen“, in: Rhein-Zeitung, 76. Jahrgang (2021), Ausgabe 175 (31. Juli), Seite 2 ([https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz\\_artikel,-krisenexperte-roselieb-mit-drastischer-aussage-viele-opfer-haetten-verhindert-werden-koennen-\\_arid,2290022.html](https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz_artikel,-krisenexperte-roselieb-mit-drastischer-aussage-viele-opfer-haetten-verhindert-werden-koennen-_arid,2290022.html)).

Annette Großbongardt, Dietmar Hipp und Roman Lehberger, Rekonstruktion der Flutwarnungen: Drei Stunden, die Leben kosteten, in: Der Spiegel, 75. Jahrgang (2021), Ausgabe Nr. 32 (07. August), Seite 26 bis 27 (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/flutwarnungen-im-kreis-ahrweiler-drei-stunden-die-leben-kosteten-a-aa7e6e2c-0002-0001-0000-000178686057>) und

Stephan Kulle, Hochwasser-Katastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz: Wie steht es um den Katastrophenschutz in Deutschland?, in: phoenix vor ort, Sendung am 26. August 2021 um 14:00 Uhr (<https://www.youtube.com/watch?v=iuGKRzQF9Cw>) sowie ausführliche Auflistung unter [www.ifk-kiel.de/pressespiegel.html](http://www.ifk-kiel.de/pressespiegel.html) und [www.ifk-kiel.de/interviews.html](http://www.ifk-kiel.de/interviews.html).

<sup>13</sup> Vgl. exemplarisch Frank Roselieb, Krisenkommunikation bei Hochwasserereignissen, in: Ernst & Sohn (Hrsg.), Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, Special 6/2009 (November), Seite 50 bis 52 und

Frank Roselieb, Katastrophenkommunikation: Die große Flut kommunizieren, in: Krisenmagazin - Zeitschrift für Krisenmanagement, Krisenkommunikation und Krisentraining, Jahrgang 2010, Ausgabe 1 (April), Seite 17 bis 19.

<sup>14</sup> Vgl. Dirk Eberz, Zaudern, zögern, schweigen: Krisenforscher Roselieb zerpfückt die Strategie des Ahrweiler Landrats Pföhler – Wo ist das Einsatztagebuch des 14. Juli?, in: Rhein-Zeitung, 76. Jahrgang (2021), Ausgabe 177 (03. August), Seite 2 ([https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz\\_artikel,-zaudern-zoegern-schweigen-krisenforscher-roselieb-zerpflueckt-die-strategie-des-ahrweiler-landrats-pfoe-\\_arid,2291066.html](https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz_artikel,-zaudern-zoegern-schweigen-krisenforscher-roselieb-zerpflueckt-die-strategie-des-ahrweiler-landrats-pfoe-_arid,2291066.html)) und

Anna-Lara Weidinger, Rekonstruktion einer Katastrophe: Was ist in der Flutnacht passiert?, in: SWR.de, Artikel vom 10. September 2021 um 12:00 Uhr (<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/flut-rekonstruktion-ahrtal-protokoll-100.html>).

Zeitdruck beurteilt werden müssen. Der Landesregierung wird daher empfohlen, verpflichtende jährliche „Table-Top“-Übungen für diese Zielgruppe in den derzeit in Überarbeitung befindlichen Katastrophenschutzplan zu integrieren.

- **Schnittstellenmanagement der Katastrophenschützer verbessern:** Zur Unterstützung der Katastrophenbewältigung im Flutgebiet wurden eine Woche nach der Flutkatastrophe mehr als 700 Einsatzkräfte mit ca. 150 Fahrzeugen aus Schleswig-Holstein nach Rheinland-Pfalz entsandt. Diese mussten mehrere Tage ohne Einsatz im Krisengebiet auf einem Parkplatz im rheinland-pfälzischen Windhagen warten. Sie wurden dann zum 90 Kilometer entfernten Hilfszentrum am Nürburgring verlegt und am gleichen Tag zurück nach Windhagen geschickt.<sup>15</sup> Die Führungs- und Kommunikationsstrukturen sowie das Schnittstellenmanagement der Einsatzkräfte und Krisenstäbe untereinander waren während der Flutkatastrophe erkennbar mangelhaft. Einerseits ist ein dezentraler Ansatz mit lokal kompetenten Akteuren einem zentralistischen Ansatz bei der Krisenbewältigung deutlich überlegen.<sup>16</sup> Andererseits setzt ein zielführendes Katastrophenmanagement ein engmaschiges Schnittstellenmanagement zwischen den Akteuren zwingend voraus („Tight Coupling“). Privatwirtschaftliche Unternehmen organisieren ihr Krisenmanagement entlang der zum Teil sehr komplexen Wertschöpfungsketten daher schon seit Jahren erfolgreich über standardisierte Krisenportale bzw. Krisenhandbücher.<sup>17</sup> Der Landesregierung Schleswig-Holstein wird empfohlen, in Anlehnung an diese Erfahrungen unter Federführung des Innenministeriums ein (vertrauliches, kennwortgeschütztes, redundant abgesichertes) zentrales Katastrophenmanagementportal für das Bundesland aufzubauen, indem sich die einzelnen Akteure frühzeitig vernetzen und im Ernstfall angemessen koordinieren können.
- **Katastrophenmanagement als Public-Private-Partnership begreifen:** Während das staatliche Katastrophenmanagement im Ahrtal – auch noch Tage nach der Flutkatastrophe – oft nur sehr schleppend angelaufen ist, organisierten Freiwillige aus dem gesamten Bundesgebiet die Hilfe für die Flutopfer vielfach zeitnah und unbürokratisch in Privatinitiative. Landwirte, Handwerker, Bauunternehmer und andere Akteure aus der Privatwirtschaft haben beispielsweise schwere Baumaschinen und Arbeitskraft kostenfrei bereitgestellt.<sup>18</sup> Aus Schleswig-Holstein hat u.a. der Landesverband der Maschinenringe Futtermittel wie Heu, Stroh und Silage organisiert und kurzfristig an die betroffenen Landwirte im Flutgebiet zur Versorgung ihrer Tiere geliefert.<sup>19</sup> So wichtig die regelnde Hand des Staates bei der Erstreaktion im Katastrophenfall ist, so unerlässlich sind die vielen Hände der Privatwirtschaft bei der eigentlichen Katastrophenbewältigung. Ohne die Bereitschaft der Arbeitgeber, die Ehrenamtler kurzfristig im Einsatzfall freizustellen, kann Katastrophenmanagement nicht funktionieren. Ohne die Eigenvorsorge und Krisenkompetenz von Unternehmen der kritischen Infrastruktur (wie Energieversorgungsunternehmen, Lebensmitteleinzelhandel und Apotheken), aber auch von IT-Spezialisten und Bestattungsunternehmen, lassen sich keine Strommangellagen, Cyberangriffe und Großschadensereignisse bewältigen. Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag wird daher empfohlen, in Ergänzung zur bestehenden Beauftragtenstruktur beim Landtagspräsidenten einen Krisenbeauftragten des Landes zu wählen. Dieser sollte fortan erster Ansprechpartner für Unternehmen, Hilfsorganisationen, Kreise etc. bei der Koordination der staatlich-privatwirtschaftlichen Katastrophenvorsorge in Schleswig-Holstein sein.

### *Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall in Schleswig-Holstein*

5. Wir haben in den zurückliegenden mehr als 20 Jahren im Land Schleswig-Holstein zahlreiche öffentliche Einrichtungen, Rettungsorganisationen und privatwirtschaftliche Unternehmen – auch aus den Bereichen der kritischen Infrastruktur wie Energieversorger und Lebensmittelproduzenten – beim Aufbau und Betrieb sowie bei der Auditierung und Optimierung von Systemen zum Krisen- und Katastrophenmanagement sowie zur Krisenkommunikation und zum Business Continuity Management beraten und unterstützt. Hierzu gehören auch Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein selbst. Aus dieser Erfahrung wissen

<sup>15</sup> Vgl. Niklas Maurer, Sara Rainer- Esderts und Christian Stracke, Flutkatastrophe: Scharfe Kritik am Krisenmanagement, in: Tagesschau.de, Artikel vom 03. August 2021 um 18:03 Uhr (<https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/flutkatastrophe-ahrweiler-management-kritik-101.html>).

<sup>16</sup> Vgl. Martin Zagatta, Krisenmanagement in Zeiten von Corona: Der dezentrale Ansatz macht Sinn, in: Deutschlandfunk.de, Artikel vom 24. März 2020 ([https://www.deutschlandfunk.de/krisenmanagement-in-zeiten-von-corona-der-dezentrale-ansatz.694.de.html?dram:article\\_id=473205](https://www.deutschlandfunk.de/krisenmanagement-in-zeiten-von-corona-der-dezentrale-ansatz.694.de.html?dram:article_id=473205)).

<sup>17</sup> Vgl. Frank Roselieb, Krisenpräventionsumfrage 2021: Status-Quo von Krisenorganisation, Krisenkommunikation und Krisenmanagement während der Corona-Pandemie, in: KSI - Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung, 17. Jahrgang (2021), Heft 4 (Juli), Seite 183 bis 190 (<https://www.ksidigital.de/ce/krisenpraeventionsumfrage-2021/detail.html>).

<sup>18</sup> Vgl. Kristian Frigelj, Hochwasser-Katastrophe: Wie freiwillige Helfer die Versäumnisse des Staates offenlegen, in: Welt.de, Artikel vom 10. August 2021 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article233048109/Hochwasser-Freiwillige-Helfer-legen-Versaeumnisse-des-Staats-offen.html>).

<sup>19</sup> Vgl. Maschinenring Dithmarschen e.V. (Hrsg.), Futtermittel für Hochwasserhilfe, Artikel vom 19. Juli 2021 (<https://www.mr-dithmarschen.de/artikel/futtermittelboerse-fuer-hochwasser-regionen.html>).

wir, dass sich der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein insgesamt in einem guten Gesamtzustand befindet.

6. Wir stimmen den Kernaussagen des Antrags der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drucksache 19/3219) zu. Auch die dort genannten 12 Punkte setzen an den richtigen Stellen zur weiteren Optimierung des Katastrophenschutzes an. Gleichzeitig empfehlen wir ein noch stärkeres Bekenntnis zu den drei Grundprinzipien der Dezentralität, des Föderalismus und der Subsidiarität im Katastrophenmanagement. (1) Das staatliche Katastrophenmanagement wird in Deutschland im Kern auf der kommunalen Ebene von den 294 Landräten und 107 Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte organisiert und verantwortet – setzt also bewusst auf Dezentralität.<sup>20</sup> Auch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk unterhält 668 Ortsverbände in den 16 Bundesländern.<sup>21</sup> Bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. engagieren sich die Ehrenamtlichen sogar in rund 2.000 örtlichen Gliederungen.<sup>22</sup> Hierdurch können kritische Situationen in der Region vor Ort unmittelbar erkannt, Maßnahmen ohne lange Entscheidungswege eingeleitet und den Betroffenen zeitnah mit viel Kompetenz in der Fläche geholfen werden. Dieses sorgt nicht zuletzt für eine enge Einbindung der Menschen in der Region und motiviert die Ehrenamtler im Katastrophenfall. (2) Auch während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass es den einen Weg aus der Krise nicht gibt. Im Föderalismus können alternative Wege ausprobiert und im Wettbewerb die beste Lösung gefunden werden. Ein solcher Erkenntnisgewinn wäre bei einem zentralen Krisen- und Katastrophenmanagement ohne alternative Lösungswege nicht möglich. (3) Bei der Optimierung des Katastrophenmanagements darf der Staat auch das Subsidiaritätsprinzip des Grundgesetzes nicht aus dem Blick verlieren. Im Zweifel weiß der einzelne Bürger oder Unternehmer besser, welche alternativen Wege im Fortgang einer kritischen Situation zum Ziel führen. In der Corona-Pandemie waren dies die „Click&Collect“-Lösungen in Baumärkten genauso wie der Außerhaus-Verkauf in Restaurants. Eigenverantwortung des Einzelnen kombiniert mit Leitplanken des Staates weisen den erfolgreichen Weg insbesondere aus länger andauernden Krisenlagen.
7. Dem Antrag der Fraktion der SPD können wir uns fachlich in Teilen nicht anschließen. Erstens sehen wir die von der SPD geforderte, verstärkte Kooperation von Bund und Ländern beim Bevölkerungsschutz kritisch. Die bisherige Zusammenarbeit hat sich bewährt. Der Bund stellt je eine Fachbehörde pro Krisenszenario bereit (GRS in Köln für kerntechnische Ereignisse, BfR in Berlin für Lebensmittelkrisen, BSI in Bonn für Cyberangriffe, BfU in Braunschweig für Flugunfälle etc.). Die Länder bzw. die Kreise und kreisfreien Städte greifen hierauf bei Bedarf zurück. Gleiches gilt in bewährter Weise für die weiteren krisennahen Bundeseinrichtungen – wie beispielsweise die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk oder die Bundeswehr im Katastrophenfall. Unsere Einschätzung, dass es einer weitergehenden Kooperation – oder gar Zentralisierung – hier gerade nicht bedarf, teilen im Übrigen auch Bundeseinrichtungen des Katastrophenmanagements mit Blick auf die aktuellen Ereignisse (Corona-Pandemie und Flut-Katastrophe) – wie beispielsweise die Vize-Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.<sup>23</sup> Zweitens stimmen wir der Einschätzung der SPD-Fraktion nicht zu, dass im Land Schleswig-Holstein eine weitergehende Bündelung der krisennahen Zuständigkeiten im Innenministerium zweckmäßig erscheint. Wir waren mehrfach in die Nachbereitung und Analyse sowie Prävention und Vermeidung von Krisenfällen auf Landesebene eingebunden (u.a. eskalierende Kinder- und Jugendschutzverläufe, Vorfälle im Umfeld kerntechnischer Anlagen).<sup>24</sup> Die bisherige Ressortzuordnung krisennaher Themen (z.B. Atomaufsicht im Umweltministerium, Infektionsschutz im Gesundheitsministerium) hat sich hierbei aus unserer Sicht bewährt. Drittens widerspricht es dem Grundsatz der Redundanz im Katastrophenschutz, wenn – wie von der SPD gefordert – lediglich ein zentrales Katastrophenschutzlager zur Einlagerung sämtlicher Mittel für den Katastrophenfall beim Land eingerichtet werden soll. Hier wäre mindestens eine Aufteilung auf zwei Lager im Land sinnvoll und auch praktikabel. Gleiches gilt für die im Antrag genannte modulare Warnstruktur. Diese berücksichtigt in der Auflistung ausschließlich (zentrale) elektronisch-digitale Warnsysteme. Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat jedoch gezeigt, dass (dezentrale) manuell-

<sup>20</sup> Vgl. Thomas Hummel, Föderalismus: Wer für Katastrophen zuständig ist, in: Süddeutsche Zeitung, Artikel vom 20. Juli 2021 um 11:02 Uhr (<https://www.sueddeutsche.de/politik/katastrophenschutz-deutschland-hochwasser-1.5356969>).

<sup>21</sup> Vgl. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (Hrsg.), Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Überblick, Informationsblatt vom Januar 2021, Bonn ([https://www.thw.de/SharedDocs/Downloads/DE/Hintergrund/THW\\_im\\_Ueberblick.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.thw.de/SharedDocs/Downloads/DE/Hintergrund/THW_im_Ueberblick.pdf?__blob=publicationFile)).

<sup>22</sup> Vgl. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), Die DLRG: Die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt, in: DRLG.de, Artikel vom 12. November 2021 (<https://www.dlrg.de/informieren/die-dlrg>).

<sup>23</sup> Vgl. Christian Harz, Alarmkette im Katastrophenfall: Totenglocke hat die Leute aufgerüttelt, in: ZDF.de, Artikel vom 26. Juli 2021 um 08:10 Uhr (<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/hochwasser-thw-alarm-warnungen-helfer-100.html>).

<sup>24</sup> Vgl. Frank Roselieb, Krisenkommunikation: Wie lassen sich "lose-lose"-Situationen bewältigen?, in: transparent - Risikowahrnehmung und Dialogbereitschaft, Ausgabe 7, Dezember 2007, Seite 17 bis 24.

analoge Warnsysteme wie Kirchenglocken oder Megafone gute Dienste geleistet haben.<sup>25</sup> Diese sollten daher ausdrücklich in den Warnmittelmix miteingebunden werden.

8. Bei der weiteren Optimierung des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein empfehlen wir der Landesregierung ergänzend die nachfolgend exemplarisch genannten drei Aspekte zu beachten:

- **Nicht jede Naturkatastrophe ist automatisch ein Ergebnis des Klimawandels – auch nicht die im Ahrtal:** Einerseits zeigt sich in einer Studie ein möglicher Zusammenhang zwischen Starkregenereignissen und dem Klimawandel. Danach könnte der Klimawandel mitverantwortlich für die Hochwasserkatastrophe an Ahr und Erft sein.<sup>26</sup> Andererseits belegt eine andere wissenschaftliche Langzeituntersuchungen, dass die aktuelle Hochwasserkatastrophe keineswegs außergewöhnliche Dimensionen erreicht hat. Vielmehr lässt ein Vergleich mit historischen Aufzeichnungen vermuten, dass die Werte des diesjährigen Hochwasserereignisses niedriger einzuordnen sind als die der vorletzten Jahrhundertflut (1804) und nicht höher waren als die der letzten Jahrhundertflut (1910).<sup>27</sup> Der Klimawandel taugt daher nicht als alleinige Erklärung für möglicherweise zukünftig zunehmende Katastrophereignisse.<sup>28</sup> Im Umkehrschluss sollte die Schleswig-Holsteinische Landesregierung vermeiden, dass Maßnahmen zum Katastrophenschutz von der Öffentlichkeit im Kern als Beiträge zur Reaktion auf den Klimawandel verstanden werden („Klimawarft“ statt „Katastrophenschutzwarft“).<sup>29</sup> Dies wäre kontraproduktiv für das Krisen- und Katastrophenbewusstsein der Bevölkerung.
- **Eine stetig weiter aufgestockte zentrale Katastrophenverwaltung des Bundes schafft für Schleswig-Holstein keinen Mehrwert – und hat dies auch in der Vergangenheit nicht getan.** Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kümmert sich seit 2004 – also bereits seit 17 Jahren – gemäß Selbstdarstellung um „alle denkbaren nationalen Großschadensereignisse, von Naturkatastrophen über den Ausfall Kritischer Infrastrukturen bis hin zu technischen Havarien oder Terroranschlägen“. Zusätzlich versucht man, „die Bevölkerung zu sensibilisieren, sich auf solche Ereignisse vorzubereiten“, indem beispielsweise „über die Wahrscheinlichkeit von Schadenslagen mithilfe von Risikoanalysen“ aufgeklärt oder „praktische Tipps zur Bevorratung zur Verfügung“ gestellt werden.<sup>30</sup> Gemessen an dieser Selbstbeschreibung war die Arbeit des Bundesamtes in den zurückliegenden Monaten und Jahren – überspitzt formuliert – ein „Fehlschlag in Serie“ für den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Fünf Beispiele aus der Arbeit des BBK: (1) Der bundesweite Warntag am 10. September 2020 war nach jahrelanger Vorbereitung ein Desaster.<sup>31</sup> Nicht einmal die NINA-Warnapp des BBK hat zuverlässig funktioniert.<sup>32</sup> (2) Der für das laufende Jahr 2021 geplante Warntag wurde Anfang Juli 2021 – also deutlich vor der Ahrflut – gleich ganz abgesagt, weil die „Testlandschaft“ noch nicht soweit ist.<sup>33</sup> (3) Während der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat die NINA-Warnapp des BBK – anders als das Konkurrenzprodukt KATWARN – im besonders betroffenen Landkreis Ahrweiler keine einzige Warnung ausgesandt.<sup>34</sup> (4) Wenig verwunderlich hat auch der Krisenstab im Katastrophengebiet an der Ahr die mehrfach angebotene Hilfe von Experten der AKNZ, der zentralen Akademie des BBK vor Ort in Bad Neuenahr-Ahrweiler, dankend abgelehnt und lieber einen eigenen Stab aus ande-

<sup>25</sup> Vgl. Jörn Koldehoff, Beyenburg: Bruder Dirk läutete die Sturmglocke, in: Wuppertaler Rundschau, Artikel vom 19. Juli 2021 um 19:45 Uhr ([https://www.wuppertaler-rundschau.de/stadtteile/langerfeld-beyenburg/wuppertal-beyenburg-bruder-dirk-laeutete-die-sturmglocke\\_aid-61652763](https://www.wuppertaler-rundschau.de/stadtteile/langerfeld-beyenburg/wuppertal-beyenburg-bruder-dirk-laeutete-die-sturmglocke_aid-61652763)).

<sup>26</sup> Vgl. World Weather Attribution (Hrsg.), Rapid attribution of heavy rainfall events leading to the severe flooding in Western Europe during July 2021, Bericht vom 23. August 2021 (<https://www.worldweatherattribution.org/wp-content/uploads/Scientific-report-Western-Europe-floods-2021-attribution.pdf>).

<sup>27</sup> Vgl. CEDIM Forensic Disaster Analysis (FDA) Group (Hrsg.), Hochwasser Mitteleuropa, Juli 2021 (Deutschland), Bericht vom 21. Juli 2021 ([https://www.cedim.kit.edu/download/FDA\\_HochwasserJuli2021\\_Bericht1.pdf](https://www.cedim.kit.edu/download/FDA_HochwasserJuli2021_Bericht1.pdf)).

<sup>28</sup> Vgl. Luisa Jacobs, Klimawandel: Die Klimakrise ist nicht akut genug, um danach zu handeln, in: Zeit.de, Artikel vom 30. September 2021 um 08:12 Uhr (<https://www.zeit.de/green/2021-09/klimawandel-bundestagswahl-wahlkampf-klimakrise-frank-roselieb-interview>).

<sup>29</sup> Vgl. Lukas Knauer, Schutz von Hallig Langeneß: Eine „Klimawarft“ mit Supermarkt, in: Tagesschau.de, Beitrag vom 19. Oktober 2021 um 15:28 Uhr (<https://www.tagesschau.de/inland/mittendrin/mittendrin-langeness-klimawandel-101.html>).

<sup>30</sup> Vgl. Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBKG) vom 27. März 2004 (BGBl. I S. 630) und Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.), Das BBK stellt sich vor, in: [bbk.bund.de](https://www.bbk.bund.de), Artikel vom 10. November 2021 ([https://www.bbk.bund.de/DE/Das-BBK/Das-BBK-stellt-sich-vor/das-bbk-stellt-sich-vor\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/Das-BBK/Das-BBK-stellt-sich-vor/das-bbk-stellt-sich-vor_node.html)).

<sup>31</sup> Vgl. Katharina Müller, Krisenforscher über Warntag-Desaster: Es gibt nicht nur Corona - wir müssen uns auch auf andere Gefahren vorbereiten, in: Focus.de, Artikel vom 11. September 2020 um 19:41 Uhr ([https://www.focus.de/perspektiven/krisenforscher-ueber-warntag-desaster-es-gibt-nicht-nur-corona-wir-muessen-uns-auf-andere-gefahren-vorbereiten\\_id\\_12421607.html](https://www.focus.de/perspektiven/krisenforscher-ueber-warntag-desaster-es-gibt-nicht-nur-corona-wir-muessen-uns-auf-andere-gefahren-vorbereiten_id_12421607.html)).

<sup>32</sup> Vgl. Bundesweiter Warntag: Warn-App NINA funktioniert bei vielen nicht, dpa-Meldung vom 10. September 2020 (<https://www.wiwo.de/bundesweiter-warntag-warn-app-nina-funktioniert-bei-vielen-nicht/26175946.html>).

<sup>33</sup> Vgl. Andreas Wilkens, Bundesweiter Warntag um ein Jahr verschoben, in: Heise Online, Meldung vom 01. Juli 2021 um 13:15 Uhr (<https://www.heise.de/news/Bundesweiter-Warntag-um-ein-Jahr-verschoben-6125970.html>).

<sup>34</sup> Vgl. Oliver Klein, Julia Klaus, Nils Metzger, Landkreis Ahrweiler: Keine NINA-App-Warnung in Katastrophengebiet, in: ZDF.de, Meldung vom 22. Juli 2021 um 14:47 Uhr (<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/nina-app-warnung-flutkatastrophe-100.html>).

ren Bundesländern rekrutiert.<sup>35</sup> Um die Reputation und wahrgenommene Kompetenz des BBK als Katastrophenunterstützer scheint es auch im 17. Jahr seines Bestehens nicht wirklich gut bestellt zu sein. (5) Nicht einmal die Pressestelle des BBK machte während der Flutkatastrophe an der Ahr im rund 30 Kilometer entfernten Bonn eine gute Figur. So wollte eine Sprecherin des BBK der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung keine Auskunft auf ihre Fragen geben, zog dafür aber zeitgleich via Twitter mit „Verbal-Angriffen aus der untersten Schublade“ über die Redaktion her.<sup>36</sup> Im Lichte dieser exemplarischen Negativbilanz bei allgemeinen Maßnahmen zur Katastrophenprävention in den zurückliegenden Jahren, aber auch im aktuellen Katastrophenfall bezweifeln wir, dass die geplante weitere massive Personal- und Budgetaufstockung im Zuge der Neuausrichtung des Bundesamtes einen qualitativen Mehrwert für den Bevölkerungsschutz in Schleswig-Holstein stiftet. Wir empfehlen der Landesregierung stattdessen, weitestmöglich verstärkt auf eigene Ressourcen zu setzen und sich auf Bundesebene für eine Stärkung des Katastrophenmanagements (z.B. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk) statt für einen weiteren Ausbau der Katastrophenverwaltung (z.B. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) einzusetzen.

- **Die Optimierung des Katastrophenmanagements in Schleswig-Holstein sollte sich klar an den (neuen) Krisenmanagementstandards der Unternehmen und Behörden orientieren – auch um im Ernstfall hinreichend kompatibel zu sein.** Der Aufbau und Betrieb von Systemen zum betrieblichen und behördlichen Notfall- und Krisenmanagement folgt seit Januar 2019 den Regeln der DIN CEN/TS 17091.<sup>37</sup> Diese kann durchaus als neuer Standard für das Krisenmanagement in Deutschland betrachtet werden.<sup>38</sup> Mit ähnlicher Zielsetzung hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bereits im Jahr 2008 den BSI-Standard 100-4 zum Notfallmanagement einführt.<sup>39</sup> Dieser wird derzeit in den BSI-Standard 200-4 zum Business Continuity Management überführt.<sup>40</sup> Orientiert an diesen Standards sollte die Landesregierung bei der Optimierung des Katastrophenmanagements dreistufig vorgehen: In einem Krisenaudit wird zunächst das aktuelle Krisenpotenzial des Landes ermittelt (Katastrophenszenarien) und dieses der Krisentragfähigkeit des Landes gegenübergestellt (Kapazitäten zur Katastrophenbewältigung). Anschließend wird (szenarioorientiert) der „Notbetrieb“ und „Wiederanlauf“ des Landes konzeptioniert bzw. optimiert (überarbeiteter Katastrophenschutzplan) und das Erdachte schließlich in Katastrophenstabsübungen auf seine Praxistauglichkeit getestet werden. Eine Orientierung an den betrieblichen Krisenstandards hilft auch dabei, die Schnittstellen zu den Unternehmen passgenau zu halten. Dies ist insbesondere bei Einrichtungen der kritischen Infrastruktur entscheidend, um eine zielgenaue Krisenkommunikation und zeitnahe Krisenbewältigung zu ermöglichen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Frank Roselieb

Digital signiert ✓

---

<sup>35</sup> Vgl. Judith Schumacher, Kritik wird lauter: Versagt der ADD-Krisenstab im Ahrtal?, in: Rhein-Zeitung.de, Artikel vom 05. August 2021 um 06:00 Uhr ([https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz\\_artikel,-kritik-wird-lauter-versagt-der-addkrisenstab-im-ahrtal-\\_arid,2291921.html](https://www.rhein-zeitung.de/region/rheinland-pfalz_artikel,-kritik-wird-lauter-versagt-der-addkrisenstab-im-ahrtal-_arid,2291921.html)).

<sup>36</sup> Vgl. Florian Kain, Katastrophen-Beamtin rastet aus: Twitter-Beleidigungen gegen Bild, in: Bild.de, Artikel vom 22. Juli 2021 um 20:33 Uhr (<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/twitter-beleidigungen-gegen-bild-katastrophen-beamtin-rastet-aus-77162210.bild.html>).

<sup>37</sup> Vgl. DIN Deutsches Institut für Normung e.V. (Hrsg.), DIN CEN/TS 17091, Krisenmanagement - Strategische Grundsätze, DIN-Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW), Januar 2019, Berlin (<https://www.beuth.de/de/technische-regel/din-cen-ts-17091/281319098>).

<sup>38</sup> Vgl. Frank Roselieb, DIN CEN/TS 17091 - Ein neuer Standard für das Krisenmanagement?, in: KSI - Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung, 15. Jahrgang (2019), Heft 4 (Juli), Seite 178 bis 181 (<https://www.ksidigital.de/ce/din-cen-ts-17091-ein-neuer-standard-fuer-das-krisenmanagement/detail.html>).

<sup>39</sup> Vgl. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hrsg.), BSI-Standard 100-4: Notfallmanagement, November 2008, Bonn ([https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/ITGrundschutzstandards/BSI-Standard\\_1004.pdf](https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/ITGrundschutzstandards/BSI-Standard_1004.pdf)).

<sup>40</sup> Vgl. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hrsg.), BSI-Standard 200-4: Business Continuity Management, Community Draft, Januar 2021, Bonn ([https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Grundschutz/BSI\\_Standards/standard\\_200\\_4\\_CD.pdf](https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Grundschutz/BSI_Standards/standard_200_4_CD.pdf)).